



PARTEIENMONITOR *kompakt*

**„Die neue Volkspartei“**  
Der Umbau der ÖVP unter Sebastian Kurz

Karsten Grabow | karsten.grabow@kas.de

Am 14. Mai 2017 übernahm Außenminister Sebastian Kurz den Vorsitz der Österreichischen Volkspartei vom ehemaligen Vizekanzler und Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der das Amt des ÖVP-Chefs seit 2014 ausübte. Kurz knüpfte seine Bereitschaft zur Amtsübernahme an mehrere Bedingungen und begann unmittelbar nach Amtsantritt mit dem Umbau der ÖVP. Die wichtigsten Änderungen werden nachfolgend dargestellt.

**Machtkonzentration beim Parteivorsitzenden**

In seiner neuen Rolle als Geschäftsführender Bundesparteiobmann (die offizielle Wahl zum Parteivorsitzenden erfolgt auf einem Wahlparteitag am 1. Juli) reklamierte Kurz erfolgreich das uneingeschränkte Recht, innerparteiliche Spitzenämter alleinverantwortlich zu besetzen. Zudem forderte er das Recht, gegebenenfalls die Kabinettsmitglieder der ÖVP allein zu nominieren und diese nicht mehr, wie bisher, durch Beschluss des Parteivorstands benennen zu lassen. Der neue Parteichef wird die Bundesliste der ÖVP für die vorgezogenen und auf den 15. Oktober 2017 angesetzten Nationalratswahlen allein erstellen und erhält ein Vetorecht gegen die von den Landesparteien aufgestellten Kandidatenlisten. Auch die Inhalte der ÖVP wird der neue Parteichef festlegen. Sein Wahlprogramm will er allerdings erst vollumfänglich im September vorlegen.

Bereits wenige Tage nach Amtsantritt bestellte Kurz die Europaabgeordnete Elisabeth Köstinger zur neuen Generalsekretärin. Der ehemalige Generalsekretär der Jungen ÖVP (JVP) Axel Melchior erhielt das neu geschaffene Amt des Bundesgeschäftsführers. Beide sind enge Weggefährten von Sebastian Kurz, der seiner innerparteilichen Hausmacht, der JVP, seit 2009 vorsteht. Während Melchior die Verantwortung für den bevorstehenden Nationalratswahlkampf, die strategische Planung, die interne Kommunikation und die Ab-

stimmung zwischen Bund und Ländern übernimmt, ist die Generalsekretärin für die Außendarstellung der Partei und die Einbeziehung der innerparteilichen Gruppierungen (Bünde) verantwortlich. Als langjährige Funktionärin im Bauernbund der ÖVP ist sie u.a. dafür zuständig, dass die innerparteilichen Interessengruppen, allen Veränderungen zum Trotz, eingebunden bleiben.

Die ÖVP galt lange Zeit als Partei mit formal schwachen Vorsitzenden, die in zahlreiche und komplizierte Proporz- und Ausgleichssysteme eingebunden waren und dabei nicht selten zwischen den „Mühlsteinen“ der Partei zerrieben wurden. Damit waren vor allem die Landeshauptmänner (Ministerpräsidenten), die sehr selbständigen Landesparteiorganisationen, die Bünde (Bauernbund, Wirtschaftsbund, Arbeitnehmerbund, Seniorenbund, Frauenbund) und der Bundesparteivorstand gemeint. De facto hat Kurz sie alle entmachtet und somit den Funktionären seiner Partei, die unter Reinhold Mitterlehner und in der großen Koalition mit der SPÖ unter sinkender öffentlicher Anerkennung litt, einiges zugemutet. Formal hat er nun von allen österreichischen Parteivorsitzenden die meisten Macht- und Entscheidungsbefugnisse.

Umstritten war der Zugriff des neuen Vorsitzenden auf die Zusammenstellung der Listen für die Nationalratswahlen. Im Falle der Bundesliste kann er sie nun allein erstellen. Gegenüber den von den Landesparteien vorgelegten Listen hat er sich ein Vetorecht einräumen lassen. Ein Teil der Landesparteien hat allerdings schon Kooperationsbereitschaft signalisiert. Man werde sich bei der Beschlussfassung der Kandidatenliste mit Kurz abstimmen, hieß es.

Dennoch werden für die Neuerungen einige Satzungsänderungen notwendig, auf die Kurz drängt. Bislang gilt, dass ÖVP-Bundesminister, der Generalsekretär oder die Generalsekretärin (auf Vorschlag des Parteiobmanns) vom Bundesparteivorstand bestellt werden müssen. Hier verlangt der neue Parteichef, wie erwähnt, das alleinige Entscheidungsrecht vom Vorstand, dem laut Statut bisher neben dem Parteiobmann seine Stellvertreter, der Generalsekretär, der ÖVP-Klubchef (Fraktionsvorsitzender) im Nationalrat sowie die Chefs der Landesparteien und die der Bünde angehören. Statuarisch neu geregelt werden müsste auch das von Kurz verlangte Vetorecht gegen die Kandidatenlisten der Landesparteien. Schon jetzt möglich wäre die von Kurz geforderte Öffnung der Wählerlisten für Nicht-Mitglieder. Sie war, wie das sogenannte „Reißverschlussprinzip“ bei der Reihung der Kandidatenlisten, bereits Teil des Reformprozesses „Evolution Volkspartei“ und wurde auf dem Reformparteitag im Juni 2015 beschlossen, aber nie praktiziert.

### **„Liste Sebastian Kurz“ – die neue Volkspartei**

Das soll sich nun ändern. Seit Ende Mai präsentiert sich die ÖVP in neuen Farben (schwarze Schrift auf türkisfarbenen Hintergrund) als „Die neue Volkspartei“. Der Internetauftritt der Partei befindet sich gegenwärtig im Umbau, aber auf [www.oevp.at/](http://www.oevp.at/) und in sozialen Medien kann man schon jetzt Sebastian Kurz unterstützen.

Augenfällig ist, dass Kurz nicht mit dem ÖVP-Label antritt, sondern mit einer eigenen Plattform, der „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“. Die „Marke“ ÖVP wird quasi hinter der Popularität von Kurz versteckt, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung als zu wenig mobilisierend, nicht gut beleumundet, ja nachgerade angestaubt wirkte. Mit der „Liste Sebastian Kurz“ vollzieht die ÖVP ein „Re-Branding“ der alten Marke und versucht mit einer starken Personalisierungsstrategie einen Imagetransfer auf den jungen, populären, dynamischen, ehrgeizigen und durchsetzungsstarken Spitzenkandidaten, der derzeit als populärste politische Marke Österreichs gilt, zu vollziehen.

Bei der „Liste Sebastian Kurz“ handelt es sich um eine offene Wahlplattform, die auf den ersten Blick an Emmanuel Macrons Bewegung „En Marche!“ erinnern und den Eindruck erwecken mag, Kurz würde mit allen Traditionen der ÖVP brechen. Aber das wird nicht der Fall sein. Zwar gab es auch schon vor Kurz' Amtsantritt Überlegungen in seinem Umfeld, gänzlich auf den Bezug zur ÖVP zu verzichten und ausschließlich Kurz als neuen, weitgehend unabhängigen und von allen traditionellen Verquickungen in der österreichischen Politik „unbelasteten“ Kandidaten zu präsentieren. Am Ende aber hat sich die „Hybridstrategie“ durchgesetzt, Kurz zwar prominent zu vermarkten, die ÖVP aber im zum „Kauf“ stehenden Angebot zu belassen. Sicherlich werden in der „Liste Sebastian Kurz“ alle derzeit zur Verfügung stehenden technischen Formen der Wähleransprache und -mobilisierung zum Einsatz kommen. Dafür ist der neue Bundesgeschäftsführer Axel Melchior zuständig. Aber so sehr der neue Vorsitzende und Bundeskanzlerkandidat auf die Unterstützung neuer Wählergruppen angewiesen sein wird und sie anzusprechen versucht, so sehr er den ÖVP-Bezug versteckt und auf einer eigenen Liste ohne offensichtlichen ÖVP-Bezug kandidiert, auf die Unterstützung der Landesparteien, der Mandatsinhaber, der zahlreichen Kommunalpolitiker und der immer noch vorhandenen ÖVP-Stammanhängerschaft kann Kurz nicht verzichten. Für die Pflege der Kontakte zu den Bünden, den Landesorganisationen sowie in die weit verzweigten Strukturen der ÖVP-Familie ist in erster Linie die neu berufene Generalsekretärin Elisabeth Köstinger zuständig. So wird sicherlich vieles, aber „nicht alles neu in der Volkspartei“ (Der Standard).

### **Inhaltliche Ausrichtung**

Mit der Präsentation eines offiziellen Programms lässt sich Kurz noch bis September Zeit. Ideen und Anregungen sollen zwischenzeitlich auch mittels Bürgerdialogen und durch Expertengespräche eingeholt werden. Es zeichnen sich aber bereits jetzt erste inhaltliche Konturen ab. So will Kurz der hohen Steuer- und Abgabenquote zu Leibe rücken und die „unfassbar hohe Regulierungsdichte des Staates“ neu ordnen und entbürokratisieren. Weitere Handlungsfelder sind laut Medienberichten die Pflegefinanzierung, die Frühförderung im Bereich der Bildung (u.a. mit einem zweiten obligatorischen Kindergartenjahr) und eine Begrenzung der „Zuwanderung ins Sozialsystem“. Außerdem will Kurz illegale Migrationsströme stoppen, die Hilfe vor Ort für die Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden ausbauen und den politischen Islamismus bekämpfen.

## **Fazit**

Sebastian Kurz hat mit seinem Amtsantritt zum neuen ÖVP-Chef viel innerparteilichen Einfluss gebündelt und dabei traditionelle Schaltstellen in der Partei entmachtet. Der neue Parteiobmann hat Voraussetzungen geschaffen, unter denen er quasi allein entscheiden kann, wer für die Partei bei Nationalrats- und Europawahlen kandidiert. Über die Vergabe von Spitzenämtern und die inhaltliche Ausrichtung der Partei entscheidet er künftig (fast) im Alleingang. Bereits jetzt gilt Kurz als der formal machtvollste Parteivorsitzende Österreichs.

Zudem ist Kurz auch der aktuell populärste Parteivorsitzende Österreichs. Die Neuaufstellung bescherten der durch die „Liste Sebastian Kurz“ etwas verdeckten ÖVP und Kurz selbst ein sofortiges Umfragehoch. Die Partei stieg in jüngsten Umfragen um 14 Prozentpunkte und käme, wären die Nationalratswahlen jetzt, auf 33 bis 35 Prozent. Damit wäre die neue Volkspartei stärkste Partei Österreichs, vor der FPÖ (27 Prozent) und der SPÖ, die auf 20 bis 25 Prozent zurückgefallen ist. Österreichische Medien sprechen von einem „Kurz-Effekt“ und trauen dem 30jährigen viel zu.